Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 50 (1956)

Heft: 1

Artikel: Weltrundschau : zwiespältiger Westen ; Konservative Weltpolitik ; Ansätze und Widerstände ; Frankreich in Unruhe ; Der Arabische Bund ; Das Problem des Orients ; Machtkampf um Vorderasien ; Krieg um Israel? ; Vor der Entscheidung

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-140069

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Eine Zeit der Entscheidungen heute

Es ist heute eine Zeit der Entscheidungen und darum des bitteren Kampfes. Da müssen wir durch. Da gibt es nur *einen* Weg: die Nachfolge Christi, die dem Kreuze nicht ausweicht.

Soeren Kierkegaard

Einige von uns haben den Dänen Soeren Kierkegaard stets für einen der größten religiösen Geister der Menschheit gehalten. Es ist uns lange ein inniger Wunsch gewesen, daß er eines Tages allgemein als solcher erkannt werde, nicht darum, daß er seine Stelle in der Kirchengeschichte und Philosophiegeschichte bekäme und die Studenten einiges mehr für das Examen zu lernen hätten, sondern darum, daß endlich, endlich eine gründliche Auseinandersetzung mit ihm beginne. 1913.

Durch Kierkegaard hindurch

Wir müssen durch Kierkegaard hindurch (ich nenne wieder den Mann für die Sache!), aber wir können nicht bei ihm stehen bleiben. Wir müssen zum Nein das Ja, zur Kritik die Hoffnung fügen. Das Nein bekommt nur vom Ja, die Kritik nur von der Hoffnung her ihr Recht. Nur der Gottesreichsglaube gibt der Kritik des Christentums ihren rechten Sinn. 1913.

WELTRUNDSCHAU

Zwiespältiger Westen Zu Beginn des neuen Jahres haben die Politiker mit und ohne Amt wie üblich einen Blick auf die Weltlage und die sich daraus ergebenden Aufgaben geworfen. Hätte man die Völker selbst nach ihrer Meinung gefragt (und wäre es auch nur mit den Methoden der Institute für die Erforschung der öffentlichen Meinung gewesen), so wäre es kaum zweifelhaft, was *sie* dem Jahr 1956 als Hauptaufgabe gestellt hätten. Es gilt jetzt – so dürfte die Antwort gelautet haben –, den «Geist von Genf» zur lebendigen Wirklichkeit zu machen und aus der Erkenntnis, daß ein neuer Weltkrieg hinfort zu nichts anderem führen könnte als zu allseitiger Vernichtung, die gebotene Folgerung zu ziehen: die Organisierung des friedlichen Zusammenlebens der Nationen und Staaten, so verschieden auch ihr inneres Regime sein mag. Das war ja im Grund auch schon die Aufgabe der zweiten Genfer Konferenz von 1955. Die Außenminister der daran beteiligten Mächte müßten jetzt, so sagte damals der britische Minister MacMillan vor der Abreise nach Genf, zu-

sammensitzen und praktische Lösungen studieren, weil die Regierungsoberhäupter im Juli festgestellt hätten, daß es «in einem modernen Krieg – einem Krieg mit Kernwaffen – keinen Sieger geben kann; totaler Krieg heißt totale Zerstörung». Es gebe darum nur eines: «Wie groß auch in der Theorie die ideologischen Unterschiede zwischen den Kommunisten und der freien Welt sein mögen – irgendwie müssen wir eben doch lernen, in der Praxis miteinander zu leben.» Die Russen hätten jedenfalls gemerkt, daß die Westmächte «nicht eingeschüchtert, erpreßt oder gelähmt und so zur Unterwerfung gezwungen werden können»; darum ihr Ruf nach friedlicher Koexistenz.

Nach der Außenministerkonferenz tönte es dann bekanntlich ganz anders. Mindestens die Wortführer der Westmächte waren sich darüber einig, daß vorerst mit dem Genfer Geist praktisch nicht viel anzufangen sei und die Abschreckung des möglichen Gegners durch Bereitstellung wirksamster Kernwaffen nach wie vor als bestes Mittel zur Erhaltung des Friedens zu gelten habe. Bevor Europa als Ganzes friedlich organisiert werden könne, müsse die eine, westliche Hälfte dieses Europas gegen die andere, östliche Hälfte kriegerisch organisiert werden, insbesondere unter Einbeziehung eines durch freie Wahlen geeinigten Deutschlands in den atlantischen Militärbund, eine Forderung, der die Sowjetvertreter in Genf bedauerlicherweise nicht zugestimmt hätten, so daß durch ihre Schuld die Konferenz eben gescheitert sei.

Mit verstärktem Nachdruck wird darum jetzt im westlichen Lager wieder die Notwendigkeit betont, die Russen zum Einlenken auf den Friedensplan der «freien Welt» zu *zwingen*. Die Unhaltbarkeit der gegenwärtigen Machtverteilung und Grenzziehung in Osteuropa wird neuerdings in den Vordergrund gerückt.[1] Präsident Eisenhower verlangte demgemäß in seiner Neujahrsbotschaft über den «Stand der Union» stark erhöhte Mittel für die amerikanische Propaganda, die alles tun müsse, «um den Druck der öffentlichen Meinung der Welt auf die Sowjetunion aufrechtzuerhalten, um sie so zu bewegen (!), das Unrecht der Teilung Deutschlands, der Versklavung von Millionen von Menschen hinter dem Eisernen Vorhang und des Ausschlusses Japans aus den Vereinten Nationen gutzumachen» (Washingtoner Bericht der «Neuen Zürcher Zeitung» vom 5. Januar). Und selbstverständlich müsse – so erklärte Eisenhower – das Rüstungsprogramm Amerikas für unabsehbare Zeit auf der jetzigen Höhe gehalten werden, genügt doch in der Tat Propaganda allein nicht ganz, um die verstockten Russen zum Rückzug aus Ostdeutschland und zur Freigabe der «Millionen von versklavten Menschen hinter dem Eisernen Vor-

[1] Der Sprecher Präsident Eisenhowers erklärte am 30. Dezember 1955: «Die friedliche (!) Befreiung der versklavten Völker war und ist weiterhin, bis zu ihrer vollständigen Durchführung, das Hauptziel der Außenpolitik der Vereinigten Staaten.»

hang» zu «bewegen». Man sieht, die Westmächte wollen fortfahren, gerade diejenigen Mittel anzuwenden, um die Sowjetunion auf die Knie zu bringen, die MacMillan, wenn gegen den Westen gebraucht, als wirkungslos bezeichnete.

Konservative Weltpolitik Warum diese innere Widersprüchlichkeit der westlichen Haltung? Warum dieses sture Beharren auf einer Druck- und Drohpolitik gegenüber dem Osten, die, wie man wohl weiß, die Russen niemals zum friedlichen Rückzug aus ihren heutigen, ihnen von den Westmächten selber eingeräumten Stellungen veranlassen wird und höchstens zu der gefürchteten sinn- und ergebnislosen kriegerischen Machtprobe führen kann? Der Grund ist sicher nicht in einer Furcht der westlichen Regierungen zu suchen, ohne die Abschreckungswirkung der H-Bombe würde die Rote Armee hemmungslos Westeuropa überfluten. Das ist zwar immer noch das Vordergrundthema der weltläufigen Propaganda des Westens, aber in den Staatskanzleien ist man viel zu gut unterrichtet, um an solche Möglichkeiten im Ernst zu glauben. Nein, man fürchtet hier nicht für den *Frieden*, der durch den «sowjetischen Imperialismus» bedroht sei, sondern für die *herrschende Besitz- und Gesellschaftsordnung*, deren Festigkeit man nicht traut, solange es kommunistisch organisierte Länder auf der Welt gibt. Man will nicht die Existenz und Unabhängigkeit der Weststaaten als solcher gegen einen Angriff von außen verteidigen, sondern ihr soziales Regime, das «freie Unternehmertum», die bürgerliche Klassengesellschaft und die schönen Gewinne, die die Herrschaft des westlichen Wirtschaftssystems in einer von «kommunistischer Wühlerei» befreiten Welt – besonders in den unterentwickelten Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas – der kapitalistischen Oberschicht in den Schoß werfen würde. Zur rechten Zeit erinnert Konni Zilliacus, der britische sozialistische Politiker und Labourabgeordnete, in der «Monthly Review» (Dezember 1955) an eine Rede, die Harold MacMillan am 23. März 1949 im Unterhaus gehalten hat und in der er vor der Gefahr eines deutsch-russischen Vertrags warnte, der das Ende der ganzen Besetzung Deutschlands durch ausländische Armeen bringen und «mit einem einzigen Schlag» den Kommunismus bis an den Rhein heranführen könne. «Was MacMillan befürchtete», bemerkt dazu Zilliacus,

«war wohlgemerkt nicht, daß die Sowjetstreitkräfte nach der Räumung Ostdeutschlands wieder in das vereinte Deutschland einbrechen könnten. Die Gefahr war in seinen Augen, daß, wenn auch die alliierten Streitkräfte aus Westdeutschland zurückgezogen würden und das deutsche Volk sich selbst überlassen bliebe, es ‚kommunistisch' (und das heißt sozialistisch) werden könnte, denn auch die britischen Konservativen dürften kaum glauben, daß die winzige Kommunistische Partei Deutschlands einen Putsch versuchen könnte. Diese Auffassung zieht sich wie ein anti-roter Faden durch die ganze westliche Politik gegenüber Deutschland seit dem Ausbruch der Russischen Revolution.»

Schon an der Versailler Friedenskonferenz, im März 1919, erklärte es Lloyd George als sehr weitverbreiteten Wunsch in Deutschland, daß auf unbestimmte Zeit eine Besetzungsarmee im Land bleibe, um «die bestehende Ordnung der Dinge zu erhalten». In der Zeit zwischen den zwei Weltkriegen war dann tatsächlich die Politik der Westmächte ausgesprochen auf die Sicherung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsverfassung gerichtet, eine Haltung, die namentlich auch die Begünstigung und Stützung Hitlers durch Frankreich, England und Amerika erklärt. Geradezu klassisch ist der Ausspruch, den ein führender britischer Industriekapitalist, Sir Arthur Balfour, am 23. Oktober 1923 tat:

«Werden die Deutschen wieder Krieg führen? Ich glaube, daran kann kein Zweifel sein, und das Merkwürdige daran ist, daß ich fast überzeugt bin: Wir werden eines Tages den Deutschen erlauben, wieder aufzurüsten, oder wir werden sie selbst aufrüsten müssen. Solange die Russen bis an die Zähne bewaffnet sind und der Osten eine gewaltige Drohung darstellt, wird ein mitten drin liegendes unbewaffnetes Deutschland stets ein Gegenstand der Begehrlichkeit für die Russen sein, den wir zu verteidigen haben werden, wenn sich die Deutschen nicht selbst verteidigen können. Eine der größten Gefahren für den Frieden ist heute die völlige Wehrlosigkeit Deutschlands.»

Zilliacus fügt der Zitierung dieses Ausspruches bei:

«Die heute noch Lebenden werden sich erinnern, was schließlich das Ergebnis einer Politik war, die sich auf jene Auffassung gründete. Aber die Welt ist seit 1945 in beständigem Aufruhr gewesen, und ein gänzlich unnötiger, tödlich gefährlicher Kalter Krieg ist eröffnet worden und wird mit dem kostspieligsten und tödlichsten Wettrüsten weitergeführt, großenteils weil die amerikanischen Anhänger der ‚Erhaltung der gegenwärtigen Gesellschaftordnung' und des ‚Widerstandes gegen die kommunistische Propaganda', im Bund mit ihren europäischen Helfershelfern, diese selbe Politik nach dem Zweiten Weltkrieg wieder aufnahmen. Während und seit dem Krieg haben wir mit Waffengewalt in Griechenland, China, Indonesien, Indochina, Korea, Guatemala eingegriffen und indirekt, durch Ausnützung ‚humanitärer Hilfe' für hungernde Völker, durch politischen Druck von Besetzungstruppen und andere Formen von Bestechung, Erpressung und Einschüchterung in vielen anderen Ländern eingegriffen, namentlich in Italien, Deutschland und Japan. Diesmal nur eben im Weltmaßstab, nicht im europäischen, und unter der Führung amerikanischer Konservativer und Liberaler, die im ganzen anscheinend noch plumper, dümmer, unwissender, selbstgerechter und herausfordernder sind als ihre britischen und kontinentalen Vorgänger, Kollegen und Satelliten.

Damals wie heute waren die Wiederaufrüstung Deutschlands und seine Gleichschaltung mit dem westlichen Lager das Symbol und der Rammbock jener verhängnisvollen und unehrlichen Politik. Wie damals, so ist auch jetzt ihr wirkliches und hauptsächliches Ziel ‚die Erhaltung der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung' und der ‚Widerstand gegen die kommunistische Propaganda'. Aber die Zeit arbeitet nicht für die westlichen Mauernbauer; die Machtverhältnisse arbeiten gegen sie. Ihr Lager wird immer schwächer und das andere stärker, großenteils weil sie ihre Verteidigung darauf gründen, alles Verfallende künstlich zu stützen und die schwellenden Kräfte des Neubaus und des Fortschritts zu bekämpfen.»

Ansätze und Widerstände Das zeigte sich auch in der Berichtszeit wieder sehr deutlich. Wie früher in China, Korea und Indochina, so versagt nun insbesondere in *Vorderasien* die gegenrevolutionäre Machtpolitik des Westens mehr und mehr; darüber soll nachher noch gründlicher gesprochen werden. Aber ähnlich erweist sich der militärische Konservatismus und Antikommunismus auch in Europa, Afrika und sogar auf dem amerikanischen Kontinent als wirkungslos und schädlich. Das empfindet man weithin in den *Vereinigten Staaten* selbst recht deutlich, wo die Kritik an der Außenpolitik von Dulles in den eigenen republikanischen Reihen – von den Demokraten zu schweigen – zusehends schärfer wird. Die neuen sowjetischen Initiativen, so heißt es, verlangten mehr als bloß neue H-Bomben und alte Clichés. Verfehlt sei namentlich auch die sparsame Zurückhaltung in der Bewilligung von Mitteln für die Fortführung der Auslandhilfe; was jetzt nötig sei, das sei ein großzügiges Programm für die Entwicklung der zurückgebliebenen Länder und die wirksame Förderung ihrer Wirtschaft, nicht nur ihrer Militärkraft.[1]

Aber diese Kritik richtet sich eben doch nur gegen die *Art und Weise*, wie die Regierung Eisenhower die herrschende Gesellschaftsordnung in der Welt draußen verteidigt und dem «freien Unternehmertum» des Westens auch den Osten wieder öffnen will, nicht gegen diese Zielsetzung selber. Das kapitalistische Regime in den Vereinigten Staaten (und in Westeuropa) wird grundsätzlich durchaus nicht in Frage gestellt, obwohl seine inneren Widersprüche auf die Länge auch durch die Inganghaltung einer riesigen Kriegsindustrie nicht verdeckt werden können. Die Rüstungsausgaben, die in den USA an die zwei Drittel der Staatsausgaben verschlingen, belasten vielmehr die Volkswirtschaft in immer bedenklicherem Maß und verstärken den Chor der Mißvergnügten, die – aus anderen Gründen freilich als die soeben genannten Befürworter einer aktiveren Außenpolitik – das Regime Eisenhower-Dulles kritisieren. Vorerst vermag ja die amerikanische Wirtschaft die massiven Kriegsrüstungen und die großen Aufwendungen für die Auslandshilfe noch recht wohl zu tragen; aber die neue Technik der Krisenbekämpfung, auf die man sich in den Vereinigten Staaten so viel zugute tut, wird nicht ewig wirksam bleiben und das immer stärkere Zurückbleiben des Massenverbrauches hinter den

---

[1] «Das Eindringen der Sowjets in den Mittleren Osten erzeugte tiefste Beunruhigung im ganzen oberen Regierungspersonal. Und es brachte auch die Gruppe der höheren Politikmacher auf die Beine, die von Vizepräsident Nixon und Nelson A. Rockefeller geführt und jetzt ‚Jungtürken' genannt werden ... Sie warnten davor, daß das ganze Machtgleichgewicht in der Welt sich rasch zugunsten der Sowjets verschieben könnte. Sie fragten mit natürlicher Besorgnis, wie irgendeine amerikanische Regierung zugeben könne, daß so etwas passiere. Und sie verlangten dringend ein ‚kühnes neues Programm', um die herrschende Tendenz umzukehren.» (Joseph und Stewart Alsop in der «New York Herald-Tribune», 23. Dezember 1955.)

Möglichkeiten einer mehr und mehr rationalisierten, technisierten und automatisierten Produktion nicht verhindern können.

Wie lange in *Westdeutschland* das «Wirtschaftswunder» – vollbracht nicht zuletzt mit Hilfe amerikanischer Milliarden und einer brutalen Währungsreform – noch anhalten wird, steht gleichfalls dahin. Die nun einsetzende neue Rüstungskonjunktur ist eben gerade sowenig ein Dauerheilmittel, wie sie es zu Hitlers Zeiten war. Inzwischen geht freilich die Aufrüstung weiterhin ihren Gang. Die ersten Soldaten der Bundesrepublik sind bereits in ihre Ausbildungslager eingerückt, und wenn alles plangemäß verläuft, wird in diesem Jahr die allgemeine Militärdienstpflicht in aller Form eingeführt werden. Der mit Militärmusik gefeierte 80. Geburtstag Adenauers war ja bereits ein verheißungsvoller, bezeichnender Auftakt. Die Waffen für das neue Bundesheer liefert vorerst natürlich Amerika, das auch das nötige Ausbildungspersonal für Armee, Flotte und Luftmacht stellt, bis man in Bonn seine eigenen Kader zur Verfügung hat. Ein Zeichen sind auch die Wahlen im Saarland, die den anschlußwilligen Parteien die Mehrheit gebracht und dem deutschen Nationalismus auch in der Bundesrepublik neuen Auftrieb gegeben haben. Die deutsch-nationalen Abgeordneten des saarländischen Landtags sind im übrigen zu einem Drittel alte Nazi, so wie ja auch der Landtagspräsident Schneider ein unbekehrter Nazi ist; er hat nur die Etikette geändert und heißt sich jetzt, wie die von ihm geführte Partei, demokratisch . . .

Gewiß zeigen sich in Westdeutschland auch gute Ansätze für eine wirkliche Erneuerung an Haupt und Gliedern; man darf sogar bezweifeln, daß im Volk – zum Unterschied von seinen «Vertretern» – eine Mehrheit für die Politik Adenauers und seiner Leute besteht. Aber die Opposition wird eben nicht politisch wirksam; wie immer in Deutschland, regiert auch jetzt eine zielbewußte nationalistisch-militärgläubige Minderheit, die die passive, unentschlossene, gespaltene Mehrheit nach ihrem Willen formt und im entscheidenden Augenblick zu sich herüberreißt. Gröbstes machtmäßiges Auftrumpfen und recht viel Geld verdienen, um das Leben in vollen Zügen zu genießen – das scheint dem Durchschnittsdeutschen auch heute am meisten zu imponieren. Und offenbar glaubt er, ein militärisch starkes, wirtschaftlich (wenngleich nur zum Schein) blühendes Westdeutschland imponiere auch dem kommunistischen Osten so sehr, daß sich dadurch die deutsche Frage sozusagen von selbst löse und eine wirkliche Auseinandersetzung mit den drängenden Zeitproblemen überflüssig sei. «Die Andere Zeitung», ein in Hamburg herauskommendes großes Organ der westdeutschen Opposition und der sozialdemokratischen Aktivisten, bestätigt es (am 5. Januar):

«Niemand wird leugnen können, daß es mit der geistigen Auseinandersetzung im Westen überhaupt und in der westdeutschen Bundesrepublik besonders schlecht bestellt ist. Liegt es am ‚verhältnismäßigen Wohlstand'? Weniger am Wohlstand

als an der Propaganda, die seit Jahren mit ihm getrieben wird. Die Anbetung des ‚Wirtschaftswunders', das Prahlen mit Produktionskurven und Exportziffern, die Reklame mit vollen Schaufenstern mit pauschalierten Ferienreisen und in Monatsraten käuflichen Kühlschränken, Fernsehapparaten und Motorrollern war bewußt darauf angelegt, eine geistige Auseinandersetzung auszuschalten. Und zwar nicht nur eine Auseinandersetzung mit den Kritikern und Gegnern des Kapitalismus, der Marktwirtschaft, der bürgerlichen Demokratie und der Ideologie des ‚christlichen Abendlandes', sondern auch die Auseinandersetzung mit dem Sinn und den Lehren von Demokratie und Christentum ... Man rühmt sich der Freiheit des Geistes, aber läßt die geistig Schaffenden hungern, die sich nicht zu Dienern der Wirtschaft, der Unterhaltungsindustrie oder der Propaganda machen. Man preist die heroische Pflichterfüllung der Märtyrer der Managerkrankheit, aus deren Kreislaufstörungen das Wunder des Warenreichtums, der Luxusstätten und Büropaläste geheimnisvoll erstanden ist, an das wir glauben sollen, ohne zu fragen. Und man jammert scheinheilig über ‚Vermassung', ohne zu gestehen, daß sie das Gleichschaltungsprodukt des Kapitalismus ist.

Wo die geistige Auseinandersetzung, die Diskussion, die Kritik, die Aufklärung und die Besinnung auf den Unterschied zwischen Schlagworten und Wirklichkeit ausgeschaltet werden, nimmt die Demokratie autoritäre Züge an, und die militärischen Waffen treten an die Stelle der geistigen. Der Prozeß ist in der Bundesrepublik seit langem im Gange und strebt jetzt einem Höhepunkt zu. Wird ihm nicht Einhalt geboten, droht er die Hoffnung auf das Ende des Kalten Krieges, auf die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands und in naher Zukunft auch die demokratische Verfassung der Bundesrepublik zu zerstören und die angeblich soziale Marktwirtschaft in die effektive antisoziale zu verwandeln.»

Frankreich in Unruhe Drohen ähnliche Gefahren nicht auch in *Frankreich*? Ist nicht insbesondere das parlamentarische Regime durch den Ausfall der jüngsten Wahlen zur Nationalversammlung ganz unmittelbar bedroht? Ich zögere, mit Ja zu antworten. Wenn in Westdeutschland eine unverkennbare Rückbildung zu autoritären Regierungsformen im Gang ist und die wirtschaftliche Hochkonjunktur eine Art geistiger Herzverfettung, eine Unwilligkeit zu lebendiger Neugestaltung des Gemeinschaftslebens erzeugt hat, so ist in Frankreich doch wenigstens reges politisches Leben, leidenschaftliche geistige Auseinandersetzung und viel Bereitschaft zu radikaler sozialer Erneuerung zu beobachten. Gewiß, je zwei von fünf Franzosen und Französinnen haben am 2. Januar gegen das herrschende parlamentarische System gestimmt, wenn man die für die Kommunisten und die Anhänger des Demagogen Poujade abgegebenen Stimmen zusammennimmt. Und da die «republikanischen Parteien» (Linksradikale, Sozialdemokraten und gemäßigte Rechte) für sich allein nur eine Minderheit darstellen und dazu noch in sich selber gespalten sind, so scheint es schwer möglich, eine Mehrheit im Parlament und eine von ihr getragene handlungsfähige Regierung zusammenzubringen, die auf dem Boden der Demokratie steht und durchgreifende Reformen in der inneren wie in der äußeren Politik durchsetzt. Aber ist das denn die einzige Möglichkeit, Frankreich vor dem Absinken in politisches und soziales Chaos zu retten?

Man wird das doch nur annehmen dürfen, wenn man entschlossen ist, eine Neuordnung Frankreichs unter konsequenter Ausschaltung der Kommunisten zu unternehmen. Mendès-France, der mehr und mehr die Führung der Radikalen Partei gewinnt und diese offensichtlich wieder nach links steuert, wo bis zum Krieg ihr normaler Platz war, und sein Alliierter Guy Mollet, der gegenwärtig maßgebende Mann der Sozialdemokratischen Partei, scheinen wirklich diesen Weg gehen zu wollen. Und wenn es für die verbündeten Radikalen und Sozialdemokraten auch peinlich sein wird, auf die Unterstützung jener «Gemäßigten» angewiesen zu sein, die für das ganze Schlamassel der letzten Jahre, von der indochinesischen Katastrophe über die nordafrikanischen Kolonialgreuel bis zu dem Wohnungs- und Alkoholelend Frankreichs, verantwortlich sind, so werden sie sich diese Hilfe eben doch gefallen lassen müssen, wenn sie überhaupt regieren wollen. Nur wird das Bleigewicht, das so an ihnen hängen wird, jede *gründliche* Abkehr von den bisherigen Wegen unmöglich machen. Und doch ist es gerade diese Abkehr, für die eine wenn auch recht verschiedenartig zusammengesetzte, so doch deutliche Mehrheit des französischen Wählervolkes demonstriert hat. Sogar in der neuen Nationalversammlung bestünde eine genügende Mehrheit von Kommunisten, Sozialisten und Linksbürgerlichen, wenn nur die Sozialdemokraten und die Linksrepublikaner (in der radikalen Partei und bei den katholischen Volksrepublikanern) ihren Horror vor einer Zusammenarbeit mit den Kommunisten überwinden könnten. Heißt es aber nicht eine Grundtatsache des politischen Lebens Frankreichs mißachten, wenn man eine Bewegung ausschalten will, die einen vollen Viertel der Wähler um sich zu scharen weiß und, weil diesmal die nichtkommunistischen Parteien uneins waren, ihre Vertretung im Parlament um 50 Prozent erhöhen konnte, das Unrecht so wiedergutmachend, das den Kommunisten vor vier Jahren durch eine üble Wahlgeometrie zugefügt worden war? Die Demokratie retten zu wollen und gleichzeitig die weitaus stärkste Partei – die eigentliche Arbeiterpartei – Frankreichs zu ignorieren, ja zu boykottieren, ist ein offenbarer, verhängnisvoller Widerspruch. «Dieser innere Widerspruch», so stellt auch Maurice Voge in der «Cité Nouvelle», der Zeitung unserer religiös-sozialen Freunde in Frankreich, unumwunden fest,

«steht im Begriff, unserer Demokratie den Tod zu bringen. Und doch wäre es die einzig vernünftige und demokratische Lösung, um eine Mehrheit zu finden, wenn man *versuchte*, gestützt auf ein genaues und zeitlich begrenztes Programm, einen Zusammenschluß der französischen Linken und der äußersten Linken herbeizuführen. Die Kommunistische Partei hat immerhin für die Beendigung des Krieges in Indochina und für die Lösung des marokkanischen Dramas gestimmt. Warum nicht versuchen, mit dieser Mehrheit menschliche Lösungen für das vollgerüttelte Maß unserer Prüfungen zu finden? Ich kenne all die Schwierigkeiten und Einwände, die sich gegen eine solche ‚Volksfront' oder ein ‚Volkskartell' erheben. Seht ihr aber an deren Stelle etwas anderes als die Reglosigkeit (den ‚Immobilismus') des Todes und das Ende der Demokratie?»

Wie aber auch Frankreich in den nächsten Jahren regiert (oder auch nicht regiert) werden mag – soviel ist sicher, daß es als nur halbwegs verläßliche Stütze der «Politik der Stärke» gegenüber der östlich-kommunistischen Welt ausscheidet. In ein neues Kriegsabenteuer wird sich das französische Volk erst recht nicht stürzen lassen. Das ist endgültig vorbei. Frankreich wird sich eher denjenigen Nationen zugesellen, die, wie Jugoslawien, Indien, Burma, zum Teil auch die arabischen Staaten, einer Politik der Neutralität innerhalb der UNO huldigen und einen Zusammenstoß der beiden großen Machtblöcke zu verhindern trachten. Die kürzliche Aufnahme von 16 neuen Mitgliedstaaten in die Organisation der *Vereinten Nationen* dürfte den Einfluß dieser Gruppe noch weiter zu stärken geeignet sein, wird doch dadurch nicht allein das Sowjetlager von fünf auf neun Mitglieder vermehrt, sondern auch der freilich sehr lose Bund der afrikanisch-asiatischen Staaten um sechs Einheiten auf 25 erweitert. Außer der Schweiz, die je eher, mit desto größerem Gewinn der UNO beitreten würde, gehören den Vereinten Nationen jetzt nur noch die drei geteilten Länder Deutschland, Korea und Vietnam nicht an sowie – eine Ungeheuerlichkeit, die immer unerträglicher wird – eben immer auch noch China. Aber die Regierung von Formosa, die als Mitglied des Weltsicherheitsrats die Aufnahme der erwähnten 16 Staaten beinahe hintertrieben hat, hat sich dadurch auch in den Augen der antikommunistischen Regierungen derart bloßgestellt, daß der Widerstand Washingtons gegen den Eintritt Chinas in die UNO kaum mehr lange aufrechtzuerhalten sein wird. Die einzige Wirkung des Einspruchs der Formosaregierung ist, daß neben der Äußeren Mongolei, die sie nicht in der UNO haben wollte, eben auch Japan vorerst draußen bleiben muß. Und das schwächt die Stellung der Vereinigten Staaten, des Vormundes Japans, ebenso wie die Vermehrung der Zahl jener UNO-Mitglieder, die sich der Beherrschung der UNO durch Amerika widersetzen.

Auf jeden Fall lockert sich der Ring, den die amerikanisch-westeuropäische Nachkriegsstrategie um die kommunistisch regierten Länder zu schmieden bemüht war, sozusagen von Monat zu Monat fühlbarer. Und es mag schon recht bald dazu kommen, daß nicht die Sowjetunion, nicht das neue China isoliert in der Welt dastehen, sondern die Vereinigten Staaten, der Hauptsitz jener militärisch-politischen Gegenrevolution größten Stils, die auch das Risiko eines neuen Krieges nicht scheut, um nur die überholte, lebensfeindliche Wirtschafts- und Sozialordnung des Westens vor der Konkurrenz neuer, wirklichkeitsnäherer Gemeinschaftsformen zu schützen.

Der Arabische Bund Wie früher bemerkt, soll aber diesmal auch noch etwas einläßlicher von der Krise im Orient – im «Mittelosten» nach englischem Sprachgebrauch – die Rede

sein. Was sich dort gegenwärtig vorbereitet, kann ja leicht zu ähnlich epochemachenden Umwälzungen führen wie die Ereignisse, die Ostasien seit Kriegsende und schon vorher aufgewühlt und neugestaltet haben. Wir müssen uns überhaupt daran gewöhnen, daß der Schauplatz der weltgeschichtlichen Entwicklungen sich immer mehr nach dem asiatischen Riesenkontinent, in die Länder zwischen Mittelmeer und Pazifik, verlagert und daß gleichzeitig Afrika und Lateinamerika aus dem Halbdunkel ihres bisherigen Daseins stärker und stärker ins volle Licht des Tages treten.

Im Nahen und Mittleren Osten ist es vorab das Erwachen der *arabischen Völker*, das dem sozialen und politischen Geschehen seinen Stempel aufdrückt. Sein Werkzeug sollte der *Arabische Bund* (Arab League) sein, der im Sinne seiner Gründer «die arabische Einheit für die Menschen von Agadir bis Aden symbolisiert», als Teilstück jener weltweiten nationalen und sozialen Freiheitsbewegung, die die unterentwickelten Völker mit solch elementarer Kraft erfaßt hat. Eine große Hoffnung erhob sich vor den arabischen Völkern: die Aussicht auf die Abschüttelung der imperialistisch-kolonialistischen Bevormundung und Ausbeutung durch die Länder des Westens, auf den Abzug der fremden Truppenbestände, auf die Durchführung radikaler Bodenreformen und zivilisatorischer Wohlfahrtsmaßnahmen. Aber nur zu bald stellte sich unter den Besten der arabischen Führungsschicht Enttäuschung und Ernüchterung ein. Schon während des Ersten Weltkrieges suchte die britische Politik, die bis dahin die Türkenherrschaft gestützt hatte, das aufkommende arabische Nationalgefühl ihren eigenen Machtinteressen dienstbar zu machen und ein von Großbritannien begönnertes Araberreich in Vorderasien aufzurichten. Der Plan scheiterte zunächst; in neuer Form trat er dann aber während des Zweiten Weltkrieges auf als Versuch, die Einheit der arabischen Völker unter der nominellen Führung Iraks und Transjordaniens herzustellen. Der Einspruch Ägyptens und Saudiarabiens durchkreuzte auch dieses Projekt, bis dann, wieder unter britischem Einfluß, am 22. März 1945 in Kairo ein loser Zusammenschluß aller arabischen Länder – Ägyptens, Syriens, Libanons, Iraks, Jordaniens, Saudiarabiens und Jemens – unter dem Namen «Arabischer Bund» zustande kam.[1] Der Gründungsvertrag bezeichnete als Zweck der Organisation die Stärkung der Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten, die Angleichung ihrer Politik, die Förderung ihrer Unabhängigkeit, die gemeinsame Abwehr von Angriffen und die Entwicklung wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Tätigkeiten.

Am 17. Juni 1950 nahmen die arabischen Staaten ein ergänzendes Abkommen über gemeinsame militärische Verteidigung und wirtschaftliche Zusammenarbeit an, das aber niemals irgendwie politische

[1] Das Folgende nach «The Arab League 1945—1955», von B. Y. Boutros-Ghali.

Wirklichkeit wurde. Statt dessen trat Irak, trotz dem Widerstand Ägyptens und Saudiarabiens, am 24. Februar 1955 dem *Militärbündnis* zwischen Pakistan und der Türkei bei, das unter britisch-amerikanischem Patronat am 2. April 1954 abgeschlossen worden war. So geht ein tiefer Riß durch den Arabischen Bund, der schon vorher durch seinen mißglückten Angriffskrieg gegen Israel (1948) aufs schwerste erschüttert worden war. «Das Wesen des inneren Aufbaus des Bundes selbst», so schreibt Boutros-Ghali in der erwähnten Schrift, «machte solch ein Unternehmen (wie den Krieg gegen Israel) unmöglich; er besaß weder den Verwaltungsapparat noch die nötige Macht, um vier oder fünf arabische Armeen gleichzuschalten und zu lenken. Als die Frage eines Oberkommandierenden der arabischen Armeen auftauchte, beanspruchte jeder Staat diese Ehre. Der Bund tagte immer wieder, aber nie kam es zu einem Beschluß ... Das Ergebnis war, daß jede arabische Armee, die in Israel eindrang, auf eigene Faust operierte.» Die unvermeindliche Niederlage, die mit der (weithin ganz unnötigen) Flucht einer Million Araber aus Palästina endete, wurde kaum gemildert durch den wirtschaftlichen und politischen Boykott, den die arabischen Staaten über Israel verhängten. Der erwartete Zusammenbruch Israels trat nicht ein; geblieben ist aber seitdem die unerbittliche Feindschaft des Arabischen Bundes gegen den Judenstaat, jener Kalte Krieg, der in den letzten Monaten geradezu die Gefahr einer neuen militärischen Kraftprobe zwischen beiden Lagern in die Nähe rückte.

Die politische Ohnmacht des Arabischen Bundes wurde jedenfalls am israelischen Problem vor aller Welt offenbar. Auch auf wirtschaftlichem Gebiet leistete er herzlich wenig; die soziale Struktur der arabischen Länder vollends blieb im wesentlichen – auch in Ägypten – unverändert. Am ehesten scheint das kulturelle Leben im engeren Sinn durch den Arabischen Bund angeregt worden zu sein, ist doch die arabische Sprache bisher das stärkste Band, das die so oft auseinanderstrebenden Gruppeninteressen in der arabischen Welt einigermaßen zusammenhält. So tauschen die arabischen Länder unter sich Lehrer und Studierende aus, vereinheitlichen die Unterrichtspläne, standardisieren die wissenschaftlichen und technischen Fachausdrücke, organisieren Übersetzungen aus fremden Sprachen, errichten Forschungsinstitute, veranstalten Kongresse wissenschaftlicher und künstlerischer Art usw. Aber selbst Boutros-Ghali stellt fest: «Bei der Beurteilung des Werkes des (Arabischen) Bundes muß man zugeben, daß die Fehlschläge alle Erfolge überwiegen. Der Bund versagte in Palästina und blieb – was bedeutsamer ist – erfolglos bei der Schaffung der Grundlagen einer wirtschaftlichen und sozialen Vereinheitlichung.» Und doch, so tröstet er sich, bleibe dieses arabische Risorgimento der erste einheimische Versuch, die Balkanisierung dieses

Raumes zu überwinden, welche die Folge einer jahrzehntelangen Tätigkeit des westlichen Imperialismus sei.

Das Problem des Orients Die unheilvollen Wirkungen des westlichen Imperialismus auf den Wirtschafts- und Kulturstand der vorderasiatischen Völker stehen gewiß außer Zweifel. Aber ebenso sicher ist, daß der westliche Imperialismus im Orient nur Fuß fassen konnte, indem er sich auf den einheimischen Feudalismus und Absolutismus stützte und ihn seinerseits konservierte. Und statt daß der Arabische Bund zum Bannerträger der sozialen und politischen Revolution in den Ländern seines Wirkungskreises geworden wäre, war er tatsächlich von Anfang an kaum etwas anderes als eine konservative, ja gegenrevolutionäre Kraft, die den arabischen Nationalismus vor allem als Mittel zur Befestigung der feudalistischen Klassen- und Kastenherrschaft benützte und alles andere eher als der Ausdruck des Freiheitsstrebens der verelendeten, hungernden, unwissenden Volksmassen war und ist. Dr. Samuel Rolbant kennzeichnet diesen Tatbestand wohl treffend, wenn er in seiner schon früher an dieser Stelle zitierten Arbeit «The Arabs: Politics and People» schreibt:

«Die arabische Nation ... besteht aus zwei verschiedenen Klassen. Die Volksmasse, deren große Mehrheit die Fellahin (Bauern) sind, ist natürlich die Hauptgruppe und letzten Endes der hauptsächliche und entscheidende Faktor. Die andere Gruppe besteht aus einer kleinen Herrenschicht: der Regierung, der Rangordnung der zivilen, politischen und religiösen Führer, Mitgliedern der reichen Grundbesitzer- und Bourgeoisieklassen, die dem Land seinen Bedarf an Politikern liefern ... Der moderne arabische Politiker ... läßt sich in seiner Tätigkeit von zwei hauptsächlichen Beweggründen leiten. Der erste ist die ehrliche und herzliche Abneigung gegen die Ausländer, besonders diejenigen, die während einer jahrhundertelangen imperialistischen Beherrschung wirtschaftliche und politische Macht über die arabischen Länder gewonnen haben ... Der zweite Beweggrund, der die politische Führerschaft der Araber bestimmt, ist das Bestreben, die bestehende wirtschaftliche und gesellschaftliche Ordnung aufrechtzuerhalten, die eine kleine Minderheit instand setzt, sich vom Fett des Landes zu mästen auf Kosten der Armut und des Elends der Großzahl der Bevölkerung. Der arabische Staatsmann, der selbst ein Mitglied dieser kleinen herrschenden Minderheit ist, lehnt jede soziale Reformbewegung in seinem Lande scharf ab und wird nicht zögern, auch die Hilfe der verhaßten Ausländer anzurufen, um ‚umstürzlerische' Gedanken und Organisationen zu unterdrücken. Er hat sich rasch den Modejargon des diplomatischen Verkehrs der Nachkriegszeit angeeignet, und die Konferenzräume von Lake Success (des ehemaligen Sitzes der Vereinten Nationen. H. K.) hallen oft wider von Reden über Demokratie und ‚Menschenrechte', gehalten von Vertretern der reaktionärsten, halbfeudalen Oligarchien der Welt. Diese erhabenen Proklamationen stehen für die arabischen Staatsmänner auch keineswegs im Widerspruch zu der Unterstützung, die sie im letzten Krieg freiwillig Nazideutschland und seinen Verbündeten geleistet haben.»

Diese ganze Einstellung der arabischen Führungsschicht hat auch je und je ihre Politik gegenüber dem jungen *israelischen* Staatswesen bestimmt. Das moderne Israel mit seiner – wenigstens ursprünglich und

potentiell – sozialistisch-demokratischen Gesellschaftsphilosophie mußte natürlich den herrschenden Klassen in den arabischen Ländern als tödlicher Feind ihrer eigenen sozialen Existenz vorkommen, und nur zu gern benützten sie den Fremdenhaß der dumpfen Volksmassen dazu, deren Aufmerksamkeit von einer radikalen Umwälzung der Besitz- und Lebensformen auf die Vertreibung der Juden aus Palästina abzulenken. Aber das deutet nur darauf hin, daß gerade der Weg, den das erneuerte Israel beschritten hat, auch der Weg ist, auf dem der ganze Orient aus Elend, Schmutz, Verfall und Unwissenheit herauskommen kann. Dr. Rolbant hat wiederum recht, wenn er feststellt:

«Die arabische Gesellschaft geht von einer östlichen Umgebung aus, der sie westliche Ideen anzupassen sucht. Die jüdische Gesellschaft geht von westlichen Ideen aus, die sie an eine östliche Umgebung anzupassen versuchen muß. Es besteht eine objektive geschichtliche Harmonie in dieser Wechselbeziehung, eine grundlegende Verwandtschaft, die tiefer ist als die vorübergehende politische Entfremdung, die sie verdunkelt. Tatsache ist, daß die arabische Welt rationelle Landwirtschaft braucht, die Entwicklung der Industrie mittels menschlicher Geschicklichkeit, die Förderung genossenschaftlicher Betriebsformen, die Nutzbarmachung angewandter Forschung für alle Gesundheits- und Bildungsfragen. Kein Fortschritt auf diesen Linien ist mit ihrer Wohlfahrt unvereinbar.» «Die Aufgabe arabischer Staatsmänner ist darum nicht, annehmbare Bedingungen für 600 000 (heute 1,5 Millionen) Nichtaraber zu schaffen, die als Bürger neben ihnen leben sollen. Das Problem ist, innerhalb des völkischen Rahmens des Orients eine weitere nationale Gruppe seßhaft zu machen, die mit ihren Nachbarn nicht friedlich zusammenleben kann, bevor nicht ihre politische Gleichberechtigung und Unabhängigkeit anerkannt ist.»

Darüber hinaus aber wird Vorderasien und insbesondere die arabische Ländergruppe Freiheit im Innern und nach außen, Wohlstand und würdiges Menschentum nur erreichen in dem Maße, als die lebensfeindlichen Gesellschaftsformen einer korrrupten Feudalherrschaft und eines primitiven Kapitalismus zerbrochen werden und einer sozialen und kulturellen Neuordnung Platz machen, die den Bebauer des Landes in genossenschaftlichen Betriebsformen auch zu seinem Eigentümer macht, eine moderne Industrie planmäßig entwickelt, allgemeine Volksgesundheit und Volksbildung sichert und auf dieser Grundlage persönliche und bürgerliche Freiheitsrechte in Verbindung mit politischer Selbstregierung in immer zunehmendem Umfang ermöglicht. Das ist, wie für Ost- und Südasien, so auch für den Nahen und Mittleren Orient das entscheidende Problem. Zu seiner Lösung mit allen Kräften beizutragen, sind die «fortgeschrittenen» Völker des Westens ganz deutlich vernehmbar aufgerufen.

Machtkampf um Vorderasien Was sehen wir aber in Wirklichkeit? Einen neuerdings erbittert aufgebrochenen Machtkampf der beiden großen Weltkoalitionen um Einfluß oder gar Vorherrschaft im Nah- und Mittelosten. Natürlich

macht man im Westen fast allgemein die *Sowjetunion* dafür verantwortlich. Hätte sich Moskau – so heißt es – nicht in den letzten Monaten mit so auffallendem Eifer auf die mehr oder weniger friedliche Eroberung Mittel- und Südasiens geworfen, würde es nicht so planmäßig die arabischen Staaten umwerben und wirtschaftlich wie militärisch unterstützen, würde es – nicht zuletzt – auch seine Hände von Persien lassen, so wäre in diesem ganzen Raum alles in Ordnung und der Westblock nicht gezwungen, zur Verteidigung seiner berechtigten Interessen Vorderasien gegen den kommunistischen Ausdehnungsdrang zu organisieren.

So hört und liest man's. Die Tatsachen sind anders. Zunächst: Rußland interessiert sich nicht erst jetzt für Vorderasien. Schon unter den Zaren strebte es wie nach freiem Ausgang ins Mittelmeer durch Bosporus und Dardanellen so auch nach einem Warmwasserhafen am Persischen Golf. Es stieß dabei immer mehr auf Großbritannien, mit dem es sich schließlich durch einen regelrechten Vertrag arrangierte, der Persien in eine britische und eine russische Einflußzone teilte. Nach der Revolution verlagerte sich dann das russische Interesse an Mittelasien auf die Förderung der sozialen und nationalen Freiheitsbewegung der in diesem Raum lebenden Völker; am deutlichsten wurde das wiederum in Persien, wo die junge Sowjetmacht die zuerst so erfolgreiche Revolution des Volkes von Aserbeidschan unterstützte, dann aber vor der drohenden Haltung der angelsächsischen Staaten den Rückzug antrat. Es sei auch an die Pariser Konferenz von 1946 erinnert, an der Molotow verlangte, daß die Sowjetunion an der Treuhandschaft über das ehemalige italienische Kolonialreich in Afrika beteiligt werde, aber selbstverständlich glatt abgewiesen wurde.

Denn inzwischen hatten eben – und das ist nun entscheidend – die Westmächte, das heißt praktisch England und Amerika, sich angewöhnt, den Mittelosten als ihr ausschließliches Interessengebiet zu betrachten. Mit jedem Jahr trat dieser ihr Anspruch klarer zutage. Im Mai 1950 wurde jener Dreimächtevertrag zwischen Großbritannien, Frankreich und den Vereinigten Staaten bekannt, in dem die Westmächte nichts mehr und nichts weniger als das ausschließliche Recht beanspruchten, Frieden und Ordnung in Vorderasien zu sichern und die arabischen Staaten und Israel mit Waffen zu beliefern «zum Zwecke der Aufrechterhaltung ihrer inneren Sicherheit und ihrer rechtmäßigen Selbstverteidigung und um ihnen zu ermöglichen, ihre Rolle bei der Verteidigung dieses ganzen Raumes zu spielen». Der gemeinsame «Feind» war natürlich die Sowjetunion; der Mittelosten sollte in das gewaltige, weltumspannende Militärsystem einbezogen werden, das dazu bestimmt war, durch eine «Politik der Stärke» die Sowjetunion «in Schranken zu halten» und zum Rückzug auf ihre innersten

Kerngebiete zu zwingen, ja womöglich ihren inneren Zusammenbruch herbeizuführen.

Zu diesem militärisch-strategischen Interesse des Westens an Vorderasien gesellte sich ein wirtschaftliches: der Mittelosten liefert Westeuropa, insbesondere Großbritannien, fast seinen ganzen Bedarf an Rohöl. Die Petrolvorräte Irans, Iraks und Saudiarabiens werden noch heute auf 7000 Millionen Tonnen, das heißt die Hälfte der gesamten Petrolreserven der Welt, geschätzt. Zwar machen sich die britischen und die amerikanischen Petrolgesellschaften das vorderasiatische Öl untereinander streitig, wobei Amerika sichtbar mehr und mehr der gewinnende Teil wird; aber das ändert nichts daran, daß beide angelsächsischen Mächte einig darin sind, die Länder des Mittleren Ostens fest unter ihre Herrschaft zu bringen und der Sowjetunion den Zutritt zu den Ölquellen dieses Raumes zu verwehren.

War also früher, bis in den Zweiten Weltkrieg hinein, das Ziel der britischen Orientpolitik die Herstellung der berühmten «Landbrücke» zwischen Ägypten und Indien, so ist es heute, in Zusammenarbeit und teilweise Konkurrenz mit den Vereinigten Staaten, die Eingliederung der arabischen Länder, Israels und Persiens in die große antikommunistische Weltorganisation. Seitdem sich der Plan, diese Staaten im Rahmen der NATO als «Mittelostkommando» dem Westblock anzuschließen, als Fehlschlag erwiesen hat, konzentrieren sich (wie schon erwähnt) die Anstrengungen der britisch-amerikanischen Orientpolitik darauf, sie in die Paktorganisation hinein zu bringen, die im Westen die Türkei und im Osten Pakistan als Eckpfeiler hat. Mit Iran und Irak ist das bereits gelungen; unter britischer Führung ist mit Sitz in *Bagdad*, der Hauptstadt Iraks, eine förmliche Bündnisorganisation geschaffen worden, der sich beinahe auch Jordanien angeschlossen hätte, um dessen Beitritt aber zurzeit heftig gerungen wird.

Denn inzwischen hat sich auch die Opposition organisiert, getragen einerseits von *Ägypten*, das durch den Bagdadpakt isoliert und der Führerschaft in der arabischen Welt zugunsten Iraks beraubt werden sollte, anderseits von der *Sowjetunion*, gegen die der Bagdadpakt ganz unmittelbar gerichtet ist. Kann man es den beiden Staaten verdenken, daß sie sich gegen die britisch-amerikanische Machtpolitik im Orient zur Wehr setzen und engere Fühlung miteinander suchen? Kann man es insbesondere der Sowjetunion verübeln, wenn sie auf dem Boden der internationalen Anarchie und der grundsätzlich immer noch anerkannten nationalen Souveränität eben auch alle Mittel der herkömmlichen Machtpolitik gebraucht, um ihre Interessen zu verteidigen? Einsichtige amerikanische Beobachter kommen selbst mehr und mehr zu dem Schluß, daß es gar nicht mehr möglich ist, die Einschaltung der Sowjetunion in die Orientpolitik zu verhindern. Sogar in der doch sehr

konservativ-bürgerlichen «New York Times» (vom 12. November 1955) konnte man aus der Feder von G. L. Sulzberger lesen:

«Wir können uns darüber (über das Interesse Moskaus an Vorderasien) nicht beklagen. Die Sowjetunion ist eine der beiden Supermächte der Welt. Wie die Vereinigten Staaten stößt sie vor, um ihre Stellung durch Gewinnung von Freunden und Beeinflussung der Menschen zu verbessern. Es hat wenig Sinn, die dabei angewandten Methoden zu bekritteln... Die Frage ist, wie ein unruhiger Raum, der tief durch Fanatismus und Fremdenhaß vergiftet ist, verhindert werden kann, sich vorbehaltlos gegen den Westen zu kehren.»

Noch deutlicher schreibt Lillie Shultz in der Neuyorker «Nation» (19. November 1955):

«Ebenso wichtig wie die Zusicherung amerikanischer Waffenlieferungen an Irak war die Verdrängung Ägyptens durch Irak als Mittelpunkt der arabischen Welt und die Umwerbung durch die Alliierten. Das Abkommen spaltete den Arabischen Bund – eine Spaltung, von der die Vereinigten Staaten hofften, sie werde zuletzt zum Anschluß eines arabischen Staates nach dem andern an eine Militärallianz mit der Türkei und dem Westen führen. Die erwarteten günstigen Wirkungen traten nicht ein. Statt daß die Sowjetunion – gegen die der Pakt gerichtet war – ausgesperrt worden wäre, öffnete das Abkommen für Rußland die Tore zum Mittelosten, von dem es seit undenklichen Zeiten ausgeschlossen war. In jedem arabischen Land, in dem der Kommunismus verboten ist und mit Gefängnis oder dem Tode bestraft wird, sind heute die arabischen Regierungen selbst die Hauptbewunderer und Verteidiger der Sowjetunion geworden... Und Ägypten war nicht das einzige Land, das durch das amerikanisch-irakische Waffenlieferungsabkommen und den nachfolgenden Mittelostpakt überrumpelt und in seinem Nationalstolz gekränkt wurde. Die Einbeziehung Pakistans, des Feindes von Indien, als Hauptpfeiler des Vertragswerkes verletzte die Empfindlichkeit Nehrus tief. Diese gemeinsame Verbitterung schmiedete im Jahr 1954 die lockere Zweckverbindung zwischen Indien und Ägypten zu einem harten Block gegen die Vereinigten Staaten zusammen.»

Und die ganz natürliche weitere Folge war die Annäherung Ägyptens an die Sowjetunion, die im vergangenen September zu dem bekannten Abkommen über die Lieferung beträchtlicher Mengen von Waffen durch die Tschechoslowakei an Ägypten führte. Es wäre in der Tat merkwürdig gewesen, wenn die Sowjetunion nicht die Gelegenheit ergriffen hätte, die Rolle eines Vorkämpfers der «rückständigen» Völker in ihrer weltgeschichtlichen Auseinandersetzung mit dem westlichen Kolonialismus und Imperialismus zu spielen und den eisernen Ring zu sprengen, den die Westmächte um ihre Südostgrenze herum zu legen unternommen hatten. «Es wäre schwer», meint die amerikanische «Monthly Review» (Dezember 1955),

«sich ein dümmeres Manöver vorzustellen (als die westmächtliche Allianzpolitik im Orient) oder eines, das mit Sicherheit gerade die entgegengesetzten Wirkungen als die beabsichtigten haben mußte. Die 'Nordringstaaten' werden von den korruptesten und verworfensten der imperialistischen Satellitenregierungen beherrscht. Ihre Mobilisation gegen irgendwen oder irgend etwas zu versuchen, hieß ein Fiasko heraufbeschwören. Ein weniger pfiffiger, aber intelligenterer Mr. Dulles hätte die Gefühle des Herzogs von Wellington geteilt, der einmal nach einer Inspektion seiner Truppen bemerkte: ‚Ich weiß nicht, was für eine Wirkung sie auf den Feind haben, aber bei Gott, mich erschrecken sie!'»

Krieg um Israel! In eine besonders schwierige Lage ist durch den Machtkampf um Vorderasien der junge Staat Israel versetzt worden. Auf der einen Seite droht die Gefahr, daß die Waffenlieferungen des Ostblocks an Ägypten dieses und andere arabische Länder zur Wiederaufnahme ihres vorerst gescheiterten Kriegszugs gegen das verhaßte Israel verleiten, zumal Ägypten unter der Hand auch aus England umfangreiches Kriegsmaterial erhalten hat. Die Versuchung, durch Aufstachelung des arabischen Nationalismus die verelendeten Volksmassen von der Notwendigkeit einer sozialen Revolution abzulenken, ist ja für die arabische Oberschicht in keinem Land, auch in Ägypten nicht, geringer geworden. Auf der andern Seite ist in Israel die Neigung, durch Entfesselung eines Krieges im jetzigen Zeitpunkt der militärischen Erstarkung seiner arabischen Nachbarn zuvorzukommen, bedenklich groß und stößt, wie die jüngsten Grenzzwischenfälle zeigen, auch an den verantwortlichen Stellen nicht auf den nötigen festen Widerstand. Dennoch glauben wir nicht, daß es wirklich zu einer neuen Kraftprobe zwischen Israel und dem Arabischen Bund kommen wird. In Ägypten weiß man recht wohl, daß Israel auf absehbare Zeit nicht nur technisch, sondern vor allem an Kampfgeist, Disziplin und Opfersinn seinen Gegnern weit überlegen ist. Nasser, der ägyptische Staatschef, sagt sich wohl auch mit Recht, daß er durch bloßes politisch-militärisches Auftrumpfen von den Westmächten wie von der Sowjetunion, die er gegeneinander ausspielen kann, mehr erreichen wird als durch einen offenen Krieg, der zum mindesten ein halsbrecherisches Unternehmen für ihn wäre. Aber auch Israel kann kein wirkliches Interesse an einem Krieg haben, in dem es die Vereinten Nationen und einen großen Teil der Weltmeinung gegen sich hätte, und der es auf jeden Fall erst recht von der vorderasiatischen Welt trennen müßte, in die sich friedlich einzugliedern doch sein starker Wunsch ist. Und schließlich, aber nicht zum wenigsten: die Westmächte, die sich in ihrer oben erwähnten Erklärung von 1950 zu Garanten des Friedens im Mittelosten aufgeworfen haben, besitzen auch heute noch durchaus die Mittel, einen Krieg um Israel zu verhindern. Man kann sich nur schwer vorstellen, daß Amerika und Großbritannien ruhig zusehen würden, wenn sich, sei es Ägypten, sei es Israel anschicken wollte, zu den Waffen zu greifen, um das zwischen ihnen hängende Problem zu lösen.

Wie soll es dann aber *wirklich* gelöst werden? Man vermag kaum einen anderen Weg zu sehen als eine Art Neutralisierung Israels im Rahmen eines Gesamtabkommens zwischen den Westmächten und der Sowjetunion, das, unter Anerkennung des Mitspracherechtes der Sowjetunion in den Angelegenheiten Vorderasiens, auch in diesem Länderraum Frieden und Sicherheit durch kollektiven Einsatz verbürgen und eine umfassende Wirtschafts- und Kulturhilfe für die Völker

des Mittelostens in Kraft setzen würde. Bis dahin sollte Israel sich streng hüten, noch weiter in Abhängigkeit vom Westblock zu geraten, als es infolge der Bedrohung durch die Araberstaaten und dank der Finanzhilfe, die es von Amerika her genießt, bereits gekommen ist. Wie es das Verderben Altisraels war, sich in den Machtkampf um Vorderasien zwischen Ägypten und Babylonien-Assyrien zu mischen, und wie der Prophet – wenn auch vergeblich – mahnte: «Durch Umkehr und Ruhehalten (= Neutralität) sollt ihr gerettet werden (vgl. Jesaja 30, 15), so liegt auch heute das Heil Israels in der Fernhaltung von den «Händeln der Großen». Die «Monthly Review» hat sicher recht, wenn sie feststellt:

«Israel ist ein sehr kleines Land, das eine strategische Stellung in einem Gebiet innehat, das eines der entscheidenden Schlachtfelder (im bildlichen, wenn nicht im wörtlichen Sinn) zwischen den beiden Weltsystemen des Kapitalismus und des Sozialismus ist und gewiß auch weiter bleiben wird ... Wie die Jugoslawen, die Inder, die Burmesen und andere in vielen Ländern jetzt entdecken, wird man von beiden Seiten im gegenwärtigen Machtkampf mit mehr Achtung behandelt, wenn man sich für seine eigenen Interessen einsetzt und sich weigert, zum Werkzeug oder Satelliten eines anderen zu werden. Wenn die Israeli in die Spuren derer treten, die bereits diesen Weg eingeschlagen haben, können sie die Isolierung vermeiden und schätzenswerte Unterstützung für ihr vollkommen berechtigtes Begehren nach einem Friedensvertrag mit den Araberstaaten gewinnen – ein Begehren, das im wesentlichen die Anerkennung von Israels Recht auf nationale Existenz durch seine Nachbarn einschließt.»

Heute ist Israel für den West- wie für den Ostblock nur ein Bauer auf dem Schachbrett der großen Weltpolitik. Es hängt zum Teil von ihm selber ab, ob es morgen seinen Platz als selbständiges, gesichertes, gedeihendes Land und Volk innerhalb einer erneuerten vorderasiatischen Welt einnehmen wird.

Vor der Entscheidung Zum andern – und wohl größten – Teil liegt die Entscheidung über die Zukunft nicht nur Israels, sondern des ganzen Mittelostens freilich bei den Westmächten. Sie haben mit ihrer jahrzehntelangen Stützung der korrupten arabischen Feudaldespotien an den vorderasiatischen Völkern und besonders an Israel schwer gesündigt. Die Sowjetunion stellte sich darum anfangs – besonders bei der Teilung Palästinas im Jahre 1947 – hinter die Juden, die ihr als Werkzeug für die Aufbrechung der britischen Klammer um den Mittelosten gerade gut genug waren. Als dann mehr und mehr der arabische Nationalismus der große Gegner des britischen und amerikanischen Imperialismus wurde, begünstigte Moskau planmäßig die arabische Sache und ließ Israel fallen, zumal sich dieses immer stärker an die Westmächte anlehnte und von seinen sozialistischen Anfängen abkam. Wird der Westen seinerseits auf dieser rein machtpolitisch-militärischen Linie weiteroperieren und auch

fernerhin das wirkliche Problem der mittelöstlichen Völkerwelt mißachten? Das ist jetzt die Frage.

Man sollte meinen, die Lehren der jüngsten Vergangenheit seien deutlich genug, um den westlichen Regierungen einen neuen Kurs nahezulegen. Die Sowjetunion und der Kommunismus überhaupt *kann* nun einfach mit Militärpakten, Flotten- und Bomberstützpunkten und dergleichen nicht zurückgedrängt werden.[1] Es bleibt also vernünftigerweise nur der Weg der *Verhandlung* mit der Sowjetunion über die Neugestaltung des Orients übrig. Das ist keine unerträgliche Zumutung an den Westen. Der «New Statesman» (19. November 1955) betont es sehr stark:

«Die Beherrschung des Mittelostens durch amerikanische Bomber ist kein westliches Lebensinteresse ... Was aber der Kreml sicher als Lebensinteresse ansehen muß, das ist der Abbau der westlichen Militärorganisation im Mittelosten – des Bagdadpaktes und der Luftstützpunkte ... Diese Analyse führt also zu dem Schluß, daß ein Interesse, das für den Westen nicht eigentlich lebenswichtig ist, für die Sowjetunion tatsächlich lebenswichtig ist. Und wenn die Beendigung des Kalten Krieges die Anerkennung der Lebensinteressen des anderen ist, dann scheint hier Raum für Verhandlungen zu sein ... Die vernünftige Annahme ist, daß die Sowjetdiplomatie im Mittelosten den Zweck hat, nicht etwa einen Konflikt heraufzubeschwören, sondern Verhandlungen zu erzwingen; die Russen sind sich wohl bewußt, daß es gänzlich wirklichkeitsfremd wäre, einen sofortigen Abbau der westlichen Militärstützpunkte zu verlangen, ohne daß als Ersatz irgendein Sicherheitssystem geschaffen würde.»

Das ist das eine: eine Friedens- und Sicherheitsordnung, die von der Sowjetunion wie von den Westmächten zu gewährleisten wäre und insbesondere der Feindseligkeit zwischen Israel und den arabischen Staaten ein Ende setzen würde. Dazu müßte aber – wie nochmals gesagt sei – die *wirtschaftliche und soziale Erneuerung des ganzen vorderasiatischen Raumes* mit Hilfe der Vereinten Nationen kommen. Und das ist nun eben die Aufgabe, die den Westen, vor allem Amerika, vor die große Entscheidung stellt. Denn ihre Erfüllung setzt, wie wir an dieser Stelle im letzten Heft der «Neuen Wege» ausführlicher dargelegt haben, nichts Geringeres als die grundsätzliche Abkehr von der kapitalistischen Profitwirtschaft in ihrer Anwendung auf die unterentwickelten Länder voraus. In der Welt des «freien Unternehmertums» ist mit der Anlage privater Kapitalien keine weitsichtige, gemeinnützige Politik zu machen. Diese Kapitalien, so stellen die «Cahiers Internationaux» (Dezember 1955) nur allzu treffend fest, «gehorchen einem gebieterischen Gesetz und nicht patriotischen oder ideologischen Überlegungen. Sie werden dort angelegt, wo sie das Höchstmaß

[1] «Die einzige wirkliche strategische Macht des Westens im Mittelosten ist die amerikanische Sechste Flotte im östlichen Mittelmeer; ... unoffiziell wird ihre Stärke auf sechzig bis achtzig Kriegsschiffe angegeben, fast dreimal so groß wie der Umfang der britischen Mittelmeerflotte.» (Jon Kimche in der «Nation», 19. November 1955.)

rascher Profite mit dem Höchstmaß von Sicherheit finden. Indem sie ‚nationale Interessen' schaffen, die es ‚zu verteidigen gilt', bieten sie manchmal noch mehr als die direkte Regierungshilfe Anlaß zu einer politischen Einmischung, von der die United Fruit in Mittelamerika oder die Ölgesellschaften im Mittelosten und in Venezuela einen Begriff geben. Überall haben sie die Reichen noch reicher und die Armen noch ärmer gemacht, nimmt doch ihre Anlage keinerlei Rücksicht auf die Allgemeininteressen der Bevölkerung des Gebietes, das sie ausbeuten.»

Man darf darum keine großen Hoffnungen auf den «Marshallplan für Asien und Afrika» setzen, der den Zweck haben soll, «die Sowjets politisch und wirtschaftlich auszustechen», wie der «Neuen Zürcher Zeitung» aus Washington gemeldet wird. Und ebensowenig ist von jenem «Gesamtplan» für die großzügige Wirtschaftshilfe an die zurückgebliebenen Länder zu erwarten, dem das gleiche Blatt in seiner Neujahrsausgabe (1956, Nr. 2) ruft, einem Plan, der von den «besten Köpfen» der westlichen Welt zu entwerfen sei und mit Geduld und Umsicht, ohne Rücksichtnahme auf die kommunistischen «Manöver» durchgeführt werden müsse. All das kommt ja doch nur, wie man ganz richtig gesagt hat, darauf hinaus, daß die Vereinigten Staaten mehr Geldmittel als bisher für die Bestechung und Erkaufung der Machthaber in den unterentwickelten Ländern aufwenden. Man kann damit gewiß eine Zeitlang Erfolg haben – sogar in Europa, wie das massive Eingreifen Amerikas nach Kriegsende zur Wiederaufrichtung des kapitalistischen Regimes in Frankreich, Italien, Westdeutschland usw. gezeigt hat. Allein auf die Dauer läßt sich damit weder das Problem der zurückgebliebenen Völker im allgemeinen noch im besonderen dasjenige des Mittleren Ostens lösen. Dies um so weniger, als die Sowjetunion anscheinend ganz planmäßig darangeht, diesen Völkern nicht nur Waffen zu liefern, sondern ihnen auch Industrieerzeugnisse, Ingenieure, technische Bildungsmöglichkeiten und zivilisatorische Hilfe aller Art zur Verfügung zu stellen.

Man kann gewiß sagen, daß die Sowjetunion für absehbare Zeit viel zu sehr mit der Entwicklung ihres eigenen riesigen Wirtschaftsraumes beschäftigt sei, als daß sie noch anderen Ländern wesentliche Unterstützung angedeihen lassen könne, so daß die zurückgebliebenen Rassen eben doch zuletzt auf westmächtliche, besonders amerikanische Hilfe angewiesen seien. Aber soviel daran auch wahr sein mag – das Entscheidende bleibt hier doch, in welcher *Form* und unter welchen *Bedingungen* die sowjetische Hilfe an die unterentwickelten Völker geleistet wird. Und da ist es nun eben Tatsache, daß die Sowjetunion als Gegenleistung nicht Militärpakte, ungleiche Wirtschaftsabkommen und Vorrechte aller Art in den von ihr belieferten Ländern fordert, sondern Erzeugnisse dieser Länder selbst, die sonst nur schwer abzu-

setzen sind: Reis, Baumwolle, Mineralien usw. «Keines der russischen Angebote», so schreibt die Verfasserin des früher erwähnten Artikels in der Neuyorker «Nation»,

«ist von militärischen oder politischen Bedingungen abhängig gemacht worden. Gerade das Fehlen solcher formeller Bedingungen – das Gegenteil der amerikanischen Taktik – mildert die arabische Hauptfurcht – die Furcht vor ausländischer Beherrschung. In der Zeit von zwei Monaten haben die Russen im Mittelosten eine jahrhundertelange Entwicklung umgekehrt und richten nun an die westlichen Einfluß- und Machtstellungen in diesem Raum die gewaltigste direkte Herausforderung.»

Man hat geradezu von einer neuen Epoche in der Menschheitsgeschichte gesprochen, die durch das sowjetisch-kommunistische Eingreifen in Vorderasien und Ägypten in die Nähe gerückt sei. Soviel steht jedenfalls fest, daß der europäisch-amerikanische Westen in der Konkurrenz mit dem Kommunismus auch im Nahen und Mittleren Orient zu unterliegen droht, wenn er an seinen bisherigen Kampfmethoden – kapitalistische Durchdringung und militärische Drohung – festhält, wie es tatsächlich der Fall zu sein scheint. Der Weg Chinas (dem die Sowjetunion sehr wirksame wirtschaftliche und technische Hilfe leistet), Koreas und Indochinas sollte dem Westen hinlänglich gezeigt haben, was er auch im Mittelosten zu gewärtigen hat, wenn er sich weiterhin den dringenden Notwendigkeiten unseres revolutionären Zeitalters verschließt. Wird er endlich lernen? Oder wird er, aller besseren Einsicht zum Trotz, den Sieg über den Weltkommunismus doch noch in jener kriegerischen Kraftprobe suchen, auf die er sich seit zehn Jahren mit solch ungeheurem Aufwand an Kraft und Mitteln vorbereitet, daß ihm für die *wirkliche* Auseinandersetzung mit dem Kommunismus weder die Fähigkeit noch auch nur der gute Wille bleibt?

13. Januar. *Hugo Kramer*

An unsere Abonnenten!

Diesem Heft liegt ein Einzahlungsschein bei. Wir bitten unsere Abonnenten höflichst um Einzahlung des Abonnementsbetrages (vierteljährlich Fr. 5.—, halbjährlich Fr. 10.—, jährlich Fr. 20.—, Ausland halbjährlich Fr. 10.50, jährlich Fr. 21.—). Der Einzahlungsschein liegt aus technischen Gründen der *ganzen* Auflage bei. Ihre Einzahlung erspart uns die Zeit und Mühe des Nachnahmeversandes. Wir danken zum voraus herzlich.